



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1           Eröffnung der Sitzung
  
- 2           Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
11. Mai 2011
  
- 3           Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 10/SVV/0826  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  
- 4           Bürgerbefragungen  
Vorlage: 10/SVV/1052  
Fraktion DIE LINKE
  
- 5           Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe  
Vorlage: 10/SVV/1054  
Fraktion DIE LINKE
  
- 6           ÖPP in Potsdam  
Vorlage: 11/SVV/0117  
Fraktion FDP
  
- 7           Änderung der Hauptsatzung  
Vorlage: 11/SVV/0152  
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP
  
- 8           Jahresabschlusses zum 31.12.2008 des KIS und Entlastung der Werkleitung  
Vorlage: 11/SVV/0184  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
  
- 9           Abschluss Wegenutzungsvertrag für die Gasversorgung in den  
Vertragsgebieten Eiche, Golm, Grube und Satzkorn  
Vorlage: 11/SVV/0278  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen  
auch Ortsbeiräte Eiche, Golm, Grube und Satzkorn
  
- 10          Aufsichtsrat für Luftschiffhafen GmbH  
Vorlage: 11/SVV/0312  
Fraktion DIE LINKE
  
- 11          Keine unbezahlten Praktika  
Vorlage: 11/SVV/0328  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen

- 12        Rotation in korruptionsgefährdeten Verwaltungsbereichen  
Vorlage: 11/SVV/0333  
Fraktion Die Andere  
neue Fassung vom 03.05.2011  
mit Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  
- 13        Änderung der Hauptsatzung - Aktives Teilnahmerecht in den Ausschüssen  
Vorlage: 11/SVV/0334  
Fraktion FDP
  
- 14        Workshop Kommunalpolitiker  
Vorlage: 11/SVV/0342  
Fraktion FDP
  
- 15        Verstärkte Pressearbeit zur Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte  
Vorlage: 11/SVV/0344  
Fraktion FDP
  
- 16        Verfahren zur Neubesetzung der Ausschüsse
  
- 17        Mitteilungen der Verwaltung
  
- 17.1      Bericht über die Abrechnung der Fördermittel für das Projekt Walhalla  
gemäß Beschluss: 10/SVV/0712
  
- 17.2      Überprüfung der Prioritäten des Radverkehrskonzepts der LHP  
Vorlage: 11/SVV/0370  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
  
- 17.3      15. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 11/SVV/0325  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
  
- 18        Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1        Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2        Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11. Mai 2011**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Feststellung der öffentlichen Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderungen vor:

- Vor Behandlung des ersten Tagesordnungspunktes möchte er über die Transparenz der städtischen Beteiligungen, die bisherigen Entscheidungen und weiteren Vorhaben informieren sowie über den Sachstand bezüglich des SV Babelsberg 03 und die Rückläufe aus dem Innenministerium zur Ausschussbesetzung.
- Der Tagesordnungspunkt 3 - Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam, DS 10/SVV/0826, solle **zurückgestellt** werden, da hierzu noch Redebedarf bestehe und eine Arbeitsgruppe gebildet worden sei.
- Gleiches gelte für den Tagesordnungspunkt 9 - Abschluss Wegenutzungsvertrag für die Gasversorgung in den Vertragsgebieten Eiche, Golm, Grube und Satzkorn, DS: 11/SVV/0278.
- Ebenso **zurückgestellt** werden solle Tagesordnungspunkt 5 - Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe, DS: 10/SVV/1054 – da hierzu für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Mitteilungsvorlage zum künftigen Verfahren als Leit- und Orientierungsfaden vorgelegt werde und diesem mit dem Antrag zusammen diskutiert werden solle.  
Die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob diese Mitteilungsvorlage zur Sitzung des Hauptausschusses am 08. Juni vorliegen werde, bejaht der Oberbürgermeister.
- Im Weiteren sind Tagesordnungspunkt 6 - ÖPP in Potsdam, DS: 11/SVV/0117 und Tagesordnungspunkt 8 - Jahresabschlusses zum 31.12.2008 des KIS und Entlastung der Werkleitung, DS: 11/SVV/0184 –, **zurückzustellen**, da hierzu der Werksausschuss KIS noch kein Votum abgegeben hat und
- Tagesordnungspunkt 13 - Änderung der Hauptsatzung - Aktives Teilnahmerecht in den Ausschüssen, DS: 11/SVV/0334, sowie Tagesordnungspunkt 14 - Workshop Kommunalpolitiker, DS: 11/SVV/0342 und Tagesordnungspunkt 15 - Verstärkte Pressearbeit zur Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte, DS: 11/SVV/0344, da kein Vertreter der antragstellenden Fraktion FDP aus Krankheitsgründen zur heutigen Sitzung anwesend sein kann.

Im Weiteren fragt Frau Dr. Schröter nach der Begründung für die nicht öffentliche Behandlung der Mitteilungsvorlage - 11/SVV/0359- Zwischenbericht zum Ergebnis der Untersuchungen bezüglich der Turnerhalle. Dies, so Frau Dr. Magdowski, habe mit den langen Vorlaufzeiten für die Erstellung von Mitteilungsvorlagen zu tun und der damals vorgetragenen Bitte der Uni Potsdam, damit nicht in die Öffentlichkeit zu gehen. Da mittlerweile auch in der Öffentlichkeit darüber berichtet wurde, könne die Drucksache nun auch öffentlich behandelt werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 49. Sitzung des Hauptausschusses vom 11. Mai 2011 gibt es keine Änderungen oder Hinweise. Die Niederschrift wird mit 7 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Anschließend informiert der Oberbürgermeister über die mit der Niederlegung der Geschäftsführerämter durch Herrn Paffhausen eingeleiteten Schritte. So habe er am vergangenen Montag die Fraktionen informiert. In Folge der Niederlegung sei eine Neubesetzung umgehend vorzunehmen, um die Geschäftsfähigkeit zu garantieren. Für die Stadtwerke Potsdam sei Herr Exner vorgeschlagen und von der Gesellschafterversammlung bestätigt worden. Für die EWP werden Herr Neumann und Herr Böhme die Geschäfte weiter führen. Zur Neubesetzung gebe es ein abgestimmtes Verfahren; die Ausschreibung werde bundesweit erfolgen und für die Besetzung werde eine Doppelspitze (kaufmännischer und technischer Bereich) angestrebt. Dies werde in Rückkopplung mit dem Hauptausschuss erfolgen. Es gebe auch erste Vorschläge für das Anforderungsprofil – so verstehe er jedenfalls den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Vorschlag.

Im Weiteren habe der Aufsichtsrat beschlossen, die Sachverhalte tiefgreifender zu prüfen, wozu noch vor der Sommerpause ein Bericht erwartet werde. Er stellt fest, dass es eine Menge Misstrauen, Vorwürfe und ungeklärte Fragen gebe und bittet die Fraktionen, soweit vorhanden, Fragen an ihn weiterzuleiten. Er werde dann das Rechnungsprüfungsamt mit einer Prüfung beauftragen – die Ergebnisse werden dem Hauptausschuss vorgestellt.

Im Weiteren schlägt er die Bildung einer Kommission mit dem Titel „Transparenz in städtischen Unternehmen“ vor. Die Leitung solle Frau Schäfer (Ombudsfrau der Stadt) übernehmen, die sich dazu auch schon bereiterklärt habe. Die Kommission solle sich im Weiteren aus Stadtverordneten (deren Anzahl noch benannt werde), die bisher nicht in städtischen Unternehmen involviert sind, wie z. B. im Aufsichtsrat und die keine Verbindungen durch Sponsoringleistungen o. ä. zu den Unternehmen haben sowie Herrn Westphal von der Pro Potsdam, Herrn Raback vom Hans-Otto-Theater, Herrn Erdmann vom Rechnungsprüfungsamt, der Beteiligungssteuerung, Vertretern von Transparency International und weiteren Experten zusammensetzen. Als Geschäftsstelle stehe das Rechnungsprüfungsamt zur Verfügung. Die Kommission solle Themenkomplexe und Transparenzverfahren erarbeiten sowie eine entsprechende Beschlussvorlage, die frühestens im September vorliegen werde. In diesen Prozess mit einbezogen sei die Entwicklung von Sponsoringregelungen für städtische Beteiligungen. Er verweist darauf, dass durch die erheblichen Verdächtigungen derzeit keine Glaubwürdigkeit verkörpert werde, so dass es darum gehe, neue Formen der Transparenz zu garantieren und sich diesem Thema neu zu öffnen. Dazu müssen Verfahrensregelungen entwickelt werden, die von allen akzeptiert werden können. Dies sei gegenwärtig schwierig, da er meine, die Situation sei derzeit aufgeheizt.

Zum SV Babelsberg 03 führt er aus, dass es seitens des Vereins große Befürchtungen gebe, kein Sponsoring oder eine städtische Unterstützung der Stadt zu erhalten. Die Unterstützung der Stadt, so der Oberbürgermeister, werde entsprechend den vertraglichen Regelungen gewährt – ansonsten müssen andere Wege gefunden werden, um über Sponsoring und mehr Transparenz Mittel einzuwerben. Er betont, dass man es auch erlebe, dass sich private Sponsoren zurückziehen, die in Potsdam nicht mehr sponsern wollen. Er halte das für den falschen Weg und spricht sich dafür aus, Vertrauen wieder herzustellen. Der Verein sehe keine Finanzierungsmöglichkeiten, um die Lizenz für die 3. Liga zu erhalten. Die Schlussfolgerungen des Vereins kenne er nicht – die Situation stelle für die Stadt auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen bezüglich des Stadions jedoch ein nicht unerhebliches Problem dar. Außerdem diene das Stadion auch Turbine Potsdam als Trainingsstätte. Im schlimmsten Falle müsse die Stadt das Stadion „zurücknehmen“. Man werde jetzt erst einmal

abwarten, sich aber auf diesen Fall vorbereiten.

In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau Dr. Schröter nach, wie der Oberbürgermeister seine Rolle in dem gesamten Prozess der Stadtwerkevorgänge sehe. Dieser antwortet darauf, dass er die Meinung der Stadtverordneten vernommen habe, er hätte Herrn Paffhausen abberufen müssen. Er habe das Verhalten von Herrn Paffhausen missbilligt und kritisiert, vor allem den Fakt, ein städtisches Unternehmen durch eine Detektei ausspionieren zu lassen und die Forderung unterstützt, für die pauschal erteilten Aufträge an die Detektei die Nachweise zu erbringen - eine Abberufung aber erfordere eine Abwägung. Er könne nachvollziehen, dass Herr Paffhausen zu dem Schluss gekommen sei, der Stadt in einer emotional aufgeheizten Situation nicht mehr dienen zu können.

Auf die Anmerkung von Herrn Kirsch, dass eine frühere Information der Stadtverordneten sinnvoll gewesen wäre, betont der Oberbürgermeister, dass er die Informationsschiene auch jetzt noch für richtig halte. Er bekomme zahlreiche anonyme Schreiben und habe im Umgang damit ein probates Verfahren, in dem Dritte hinzugezogen werden, die das prüfen. Erst nach Abschluss der Prüfung werden die zuständigen Gremien informiert, die dann den weiteren Umgang mit dem Prüfergebnis entscheiden. In diesem Fall war die Stadtverordnetenversammlung nicht das zuständige Gremium, sondern der Aufsichtsrat. Er betont, dass die Geschäftsführer in städtischen Unternehmen bis zur Aufklärung eines Sachverhaltes auch einen Schutz genießen.

Herr Lehmann verweist auf den zur nächsten Sitzung der StVV ausgereichten Dringlichkeitsantrag und fragt, wie der Oberbürgermeister dazu und zu den Anträgen bezüglich der EWP insgesamt stehe, weil er zumindest die Begründung zur Abberufung des Aufsichtsrates für falsch halte. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es sich hier um Anträge für die nächste Sitzung der StVV handele, die er nicht schon im Vorfeld diskutieren wolle. Wenn es Fragen dazu gibt, sollte die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befragt werden.

Herr Schüler bittet bezüglich der Aussage, Herr Paffhausen habe seine Ämter niedergelegt, deutlich zu machen, dass es einen Aufhebungsvertrag mit ihm gibt. Man könne sonst denken, dass es die Initiative von Herrn Paffhausen gewesen sei. Hierzu merkt der Oberbürgermeister an, dass es sich um zwei Sachverhalte handele.

Herr Schröder merkt an, dass der Oberbürgermeister eine lange Zeit Aufsichtsratsvorsitzender gewesen sei und fragt, warum er zugelassen habe, dass die Transparenz verloren gegangen sei. Er kritisiert den Antrag, die Aufsichtsratsmitglieder jetzt abberufen zu wollen – die geborenen Mitglieder aber nicht „anzufassen“. Auch diese tragen eine Verantwortung und nicht nur die jetzt zur Abberufung vorgesehenen Stadtverordneten. Er fragt, ob eine Satzungsänderung vorgesehen sei, um zukünftig den Aufsichtsratsvorsitzenden aus dem Gremium heraus zu wählen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er die Verantwortung für die Vorgänge nicht kleinreden wolle und wenn Kritik angebracht sei, dann solle sie vorgetragen werden. Er werde sich nicht dagegen sperren, wenn die genannte Kommission einen entsprechenden Vorschlag zur Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden unterbreite oder Fraktionen einen diesbezüglichen Antrag stellen. Das würde in Folge eine Änderung der Verträge nach sich ziehen. Zu bedenken sei, dass auf die bisherige Art eine schlagkräftige Unternehmensstruktur etabliert worden sei, so dass außer dem ViP kein Unternehmen rote Zahlen schreibe. Dem würden unter kaufmännischen Gesichtspunkten optimierte Prozesse zu Grunde liegen – allerdings sei bezüglich der Transparenz der Entscheidungswege einiges „auf der Strecke“ geblieben. Deshalb meine er, müsse eine Situation herbeigeführt werden, die das eine erhält und das andere schafft.

Herr Schubert betont, dass die Bildung der Kommission ein Weg zur Konsensfindung und ein Weg in die richtige Richtung sei. Er merkt an, dass sich die Anträge bezüglich der Abberufung erledigen, wenn die drei verbliebenen Aufsichtsratsmitglieder in sich gehen und den Weg von sich aus freimachen würden. Das halte er für den sinnvolleren Weg. Bezüglich der Ausführungen zum SV Babelsberg 03 bedankt er sich beim Oberbürgermeister für die Aufklärung der Zusammenhänge. Er meine, die Etatlücke könne nicht allein durch Sponsoringleistungen gefüllt werden. Bezüglich einer eventuellen Übernahme des Stadions weist er auf den derzeit schwierigen Arbeitsstand und die Notwendigkeit einer Anschubfinanzierung hin und fragt, inwieweit es eine Entlastung des Vereins wäre, wenn die Stadt das übernehme.

Der Oberbürgermeister betont, dass der Rückfall des Stadions an die Stadt die suboptimale Variante sei und entsprechende Anträge nicht vorliegen. Er empfiehlt, die für die nächste Sitzung der StVV angekündigte Mitteilungsvorlage zum „Karl-Liebknecht-Stadion“ und die Entscheidung des Vorstands abzuwarten. Frau Dr. Magdowski führt aus, dass es ein Controlling bezüglich der KP II Mittel, einschließlich deren Abrechnung gebe. Da die Projektentwickler eine solvente Firma sei, gehe man davon aus, dass alles laufe. Auf die Frage zur Prüfung des Rechnungshofes führt sie aus, dass die geforderte Stellungnahme abgegeben worden sei und eine renommierte Anwaltskanzlei das Verfahren begleitet habe, wenn Mängel festgestellt werden, sei diese in die Verantwortung zu nehmen. Allerdings gehe die Verwaltung davon aus, dass keine Mängel festgestellt werden. Eine abschließende Stellungnahme, so der Oberbürgermeister, liege dazu aber noch nicht vor.

Bezug nehmend auf die zahlreichen Anträge und noch zu erwartenden Dringlichkeitsanträge zu den Vorgängen in der EWP schlägt Herr Brödnö vor, über eine Sondersitzung der StVV Ende Juni nachzudenken und dies zu prüfen. Auf seine Nachfrage, wann die Ausschreibung der Geschäftsführerstellen erfolge, entgegnet der Oberbürgermeister, dass dies noch vor der Sommerpause der Fall sein werde und eine Neubesetzung vermutlich zum 01.01.2012 möglich sei. Dazu müsse er die e.on/e.dis als Mitgesellschafter „mit im Boot“ haben.

Bezüglich der Anmerkung von Herrn Brödnö, dass bei einer Insolvenz des Vereins Babelsberg 03 die Stadt zuschießen müsse, um die Deckungslücke zu schließen und seine Frage, ob es diesbezügliche Gespräche dazu gebe, antwortet der Oberbürgermeister: Wenn eine Insolvenz anstehe, worauf es derzeit keine Hinweise gebe, werde die Stadt keine Bürgschaft für den Verein übernehmen. Dies, so Herr Exner, sei schon auf Grundlage des § 75 BbgKVerf rechtlich ausgeschlossen.

Im Hinblick auf das erwartete Rundschreiben des Ministeriums des Innern zum Urteil des Landesverfassungsgerichtes bezüglich der Fraktionsstärke, so Herr Exner, gebe es nichts Neues. Die Verwaltung „bleibe am Ball“, so dass wenigstens zur StVV am 01. Juni 2011 eine Information vorliege.

**zu 3 Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 10/SVV/0826**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt**

**zu 4**      **Bürgerbefragungen**  
**Vorlage: 10/SVV/1052**  
Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Schröter verweist auf die dazu ausgereichte neue Fassung des Beschlusstextes, die gemeinsam mit der Verwaltung entstanden sei. Da es keine Rückfragen oder Anmerkungen dazu gibt, stellt der Oberbürgermeister diese zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **bei der Entwicklung von Projekten wie der Gartenstadt Drewitz Bürgerbefragungen in die Beteiligungsformen einzubeziehen, soweit entsprechende Fragestellungen entwickelt werden können. Einsatz und Ausgestaltung von Befragungen sind im Vorfeld mit gewählten bzw. von der Stadtverordnetenversammlung berufenen Beteiligungsgremien abzustimmen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        6  
Ablehnung:            4  
Stimmenthaltung:    1

**zu 5**      **Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe**  
**Vorlage: 10/SVV/1054**  
Fraktion DIE LINKE

**zurückgestellt**

**zu 6**      **ÖPP in Potsdam**  
**Vorlage: 11/SVV/0117**  
Fraktion FDP

**zurückgestellt**

**zu 7**      **Änderung der Hauptsatzung**  
**Vorlage: 11/SVV/0152**  
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP

Herr Schröder bittet, die als Tischvorlage ausgereichte Stellungnahme des Rechtsanwalts Herrn Dr. Dombert noch einmal kurz zu erläutern, da sich nicht alle Mitglieder des Hauptausschusses inhaltlich damit befassen konnten. Herr Exner erläutert die Stellungnahme, die im Ergebnis zu dem Schluss kommt, dass eine Änderung der Hauptsatzung in der beantragten Weise nicht in Betracht komme und Entscheidungen gemäß § 31 BauGB nicht auf den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen oder andere Ausschüsse übertragen werden können.

Herr Schröder erklärt daraufhin, dass auf Grundlage der drei rechtlichen Stellungnahmen (Ministerium des Innern, SB Recht der Stadtverwaltung und Dr.



Dombert), die alle zu dem gleichen Ergebnis kommen, der Antrag durch die Fraktion CDU/ANW als erledigt erklärt wird.

Herr Lehmann bittet um eine Information, wie hoch die Kosten für das Gutachten des Herrn Dr. Dombert gewesen seien. Diese werde im nicht öffentlichen Teil gegeben, so der Oberbürgermeister.

- zu 8      Jahresabschlusses zum 31.12.2008 des KIS und Entlastung der Werkleitung**  
**Vorlage: 11/SVV/0184**  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

**zurückgestellt**

- zu 9      Abschluss Wegenutzungsvertrag für die Gasversorgung in den**  
**Vertragsgebieten Eiche, Golm, Grube und Satzkorn**  
**Vorlage: 11/SVV/0278**  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen  
auch Ortsbeiräte Eiche, Golm, Grube und Satzkorn

**zurückgestellt**

- zu 10     Aufsichtsrat für Luftschiffhafen GmbH**  
**Vorlage: 11/SVV/0312**  
Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Schröter bringt den Antrag ein. Frau Dr. Magdowski führt dazu aus, dass sie diesen Vorschlag bereits vor langer Zeit gemacht habe. Außerdem unterstütze sie dieses Anliegen sehr, weil die Gesellschaft immer bedeutender geworden sei.

Die Anmerkung des Oberbürgermeisters, dass mit der Einrichtung eines Aufsichtsrates der Luftschiffhafenbeirat auf Grund seiner andersartig gelagerten Aufgaben nicht obsolet sei, wird von Frau Dr. Schröter bestätigt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Aufsichtsrat für die Luftschiffhafen GmbH eingerichtet werden soll.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2011 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

- zu 11     Keine unbezahlten Praktika**  
**Vorlage: 11/SVV/0328**  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Herr Exner informiert, dass die Landeshauptstadt Studierenden aus der

Europäischen Union im Rahmen ihrer Hochschulausbildung die Möglichkeit gewähre, ein entsprechend vorgeschriebenes Praktikum in der Stadtverwaltung zu absolvieren. Bei Studierenden im Beamtenverhältnis im Rahmen einer technischen oder nichttechnischen Verwaltungsausbildung sei die Voraussetzung für eine Pflichtpraktikumsausbildung, dass die Beamtenvergütung während der Praktikumsdauer ununterbrochen vom Hochschulträger gezahlt werde. Darüber hinaus können so genannte freiwillige oder Zusatzpraktika als entgeltliche Werksstudentenverhältnisse für Studierende bis maximal 20 Stunden in der Woche angeboten werden. Die finanziellen Mittel seien als zwingende Voraussetzung im Personalaufwand des Haushalts zu planen. Sofern Studierende zu einer Mitarbeit im Rahmen von Projekten herangezogen werden, könne vom Angebot eines Werksvertrages Gebrauch gemacht werden. Daraus ableitend sollten die einzelnen „Varianten sortiert werden“, weshalb er einen neuen Beschlusstext mit folgendem Wortlaut vorschläge:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie in Zukunft neben der Ausbildung im studentischen Pflichtpraktikum (bislang) unbezahlte studentische Praktikanten als entgeltliche Werksstudenten beschäftigt werden können. Zudem wird gebeten zu prüfen und mitzuteilen, wie viele Studenten in den Fachbereichen der Landeshauptstadt derzeit arbeiten. Die Prüfung soll faire Grundlagen für Praktika berücksichtigen.*

Herr Dr. Wegewitz merkt dazu an, dass dieser Vorschlag den Intentionen des Antrags entspreche und er namens der Fraktion SPD diesen übernehme. Die Nachfrage von Herrn Kirsch, ob in Folge dessen weniger Praktika in der Stadtverwaltung angeboten werden, wird verneint.

Im Weiteren einigen sich die Mitglieder des Hauptausschusses darauf, dass das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung in Form einer Mitteilungsvorlage in der Sitzung am 28.09.2011 vorzulegen ist.

Der so geänderte und ergänzte Beschlusstext wird zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie in Zukunft neben der Ausbildung im studentischen Pflichtpraktikum (bislang) unbezahlte studentische Praktikanten als entgeltliche Werksstudenten beschäftigt werden können. Zudem wird gebeten zu prüfen und mitzuteilen, wie viele Studenten in den Fachbereichen der Landeshauptstadt derzeit arbeiten. Die Prüfung soll faire Grundlagen für Praktika berücksichtigen.**

**Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung in Form einer Mitteilungsvorlage in der Sitzung am 28.09.2011 vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 12      Rotation in korruptionsgefährdeten Verwaltungsbereichen**  
**Vorlage: 11/SVV/0333**  
Fraktion Die Andere  
neue Fassung vom 03.05.2011  
mit Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heigl bringt namens der Fraktion Die Andere den Antrag ein und Herr Schüler erläutert namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Änderungsantrag.

Herr Exner verweist in seinen anschließenden Ausführungen auf die neue Dienstanweisung zur Korruptionsprävention der Landeshauptstadt Potsdam vom 30.03.2011, in der viele Instrumente geregelt seien. So unter Punkt 7.6.2 insbesondere die Personalrotation, zu der in korruptionsgefährdeten Bereichen die Fachbereichsleiter/innen eine arbeitsplatzbezogene Risikoanalyse vorzunehmen haben und für solche Beschäftigte, die einer sehr hohen Risikogruppe zuzuordnen sind, mindestens alle fünf Jahre eine Personalrotation vorzunehmen ist. Er zitiert im Weiteren: „Ist eine Personalrotation aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen im Einzelfall nicht möglich, sind die Gründe zu dokumentieren und dem zuständigen Bereich Personal und Organisation sowie der/dem Antikorruptionsbeauftragten mitzuteilen. Ferner ist darzulegen, durch welche alternativen Präventionsinstrumente ein vergleichbarer Präventionserfolg erreicht werden soll. Hier kommen beispielsweise in Betracht:

- konsequente Umsetzung bzw. Ausbau des Vier-Augen-Prinzips,
- Funktionstrennung,
- Einsatz technischer Plausibilitätsprüfungen,
- Änderung der Aufbau- und Ablauforganisation,
- Intensivierung der Fach- und Dienstaufsicht,
- Ausbau des Controllings.“

Herr Schüler bittet, diese Dienstanweisung den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, um sich vor diesem Hintergrund den Antrag und den Änderungsantrag ansehen zu können. Dies sagt der Oberbürgermeister zu.

Frau Heigl fragt, ob dieses Verfahren nur ein Vorschlag sei oder auch umgesetzt werde und ob das auch für Mitarbeiter gelte, die seit über 20 Jahren „auf ihren Posten“ sitzen. Herr Exner entgegnet, dass es die eine oder andere Umsetzungsschwierigkeit geben werde, entweder durch arbeitsrechtliche Vorbehalte oder durch das für die Arbeitsaufgaben fehlende Know how. Aber genau dafür sei die Dokumentation und Weitergabe der Information an die/den Antikorruptionsbeauftragte/n vorgesehen.

Herr Erdmann betont, dass es absehbar sei, wo ein Mitarbeiterwechsel nicht vollzogen werden könne – das sehe auch Transparency International so. Wenn ein Wechsel nicht möglich sei, werde das dokumentiert und andere Maßnahmen eingeleitet. Allerdings sei das eine Regel, die noch „gelebt“ werden müsse.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Gunold, ob diese Dienstanweisung auch für städtische Unternehmen gelte, verneint der Oberbürgermeister – sie wirke nur nach innen.

Im Ergebnis der Diskussion einigen sich die Hauptausschussmitglieder darauf, dass zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die Antragstellerin darüber informiert, ob sich der Antrag erledigt hat.

**zu 13** **Änderung der Hauptsatzung - Aktives Teilnahmerecht in den Ausschüssen**  
**Vorlage: 11/SVV/0334**  
Fraktion FDP

**zurückgestellt**

**zu 14      Workshop Kommunalpolitiker**  
**Vorlage: 11/SVV/0342**  
Fraktion FDP

**zurückgestellt**

**zu 15      Verstärkte Pressearbeit zur Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte**  
**Vorlage: 11/SVV/0344**  
Fraktion FDP

**zurückgestellt**

**zu 16      Verfahren zur Neubesetzung der Ausschüsse**

siehe Ausführungen von Herrn Exner zu Beginn der Sitzung

**zu 17      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 17.1    Bericht über die Abrechnung der Fördermittel für das Projekt Walhalla**  
**gemäß Beschluss: 10/SVV/0712**

Herr Weise führt dazu aus, dass entsprechend des Beschlusses der StVV – DS 10/SVV/0712 – eine „förderrechtliche Schlussrechnungsprüfung“ des Vorhabens „Modernisierung und Instandsetzung Dortustraße 5“ durchgeführt worden sei. Ein entsprechender Prüfbericht sei mittlerweile eingegangen und an die Maulwurf gGmbH zur Stellungnahme mit einer Fristsetzung zugeleitet worden, so dass im Juni eine Anhörung möglich sei. Anschließend werde über den Sachstand erneut berichtet.

**zu 17.2    Überprüfung der Prioritäten des Radverkehrskonzepts der LHP**  
**Vorlage: 11/SVV/0370**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 17.3    15. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 11/SVV/0325**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Auf die Nachfrage/Anregung von Herrn Schulheiß, die Gewinne der Gesellschaften für die Haushaltsdeckung zu nutzen, verweist Herr Exner darauf, dass jedes Unternehmen einzeln zu betrachten sei. Das Klinikum Ernst von Bergmann sei gemeinnützig, bei der Pro Potsdam habe man sich selbst gebunden und eine Abführung an die Stadt verneint und die Stadtwerke stützen mit den Gewinnen die Verkehrsbetriebe. Da sich der Ausschuss für Finanzen noch nicht abschließend damit beschäftigt hat, schlägt der Oberbürgermeister

vor, den 15. Beteiligungsbericht bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 29. Juni 2011 **zurückzustellen**. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 23.4 Zwischenbericht zum Ergebnis der Untersuchungen bezüglich der Turnerhalle**

**Vorlage: 11/SVV/0359**

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Frau Dr. Magdowski erläutert die Mitteilungsvorlage. Auf Bitte von Frau Dr. Müller sagt der Oberbürgermeister eine erneute Berichterstattung im September 2011 zu. Ob diese Berichterstattung dann öffentlich oder nicht öffentlich erfolgen könne, so Frau Dr. Magdowski, hänge vom Vertragspartner ab.

**zu 18 Sonstiges**

Frau Dr. Schröter fragt bezüglich des „Streits“ zwischen ViP und Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH über die Streckenführung und die anteilige Bezahlung, warum Potsdam glaube, in diesem Streit auf der „richtigen Seite“ zu stehen.

Der Oberbürgermeister erläutert, dass sich beide Gesellschaften über die Kostenerstattung pro gefahrenen Kilometer uneins seien. Die Stadt habe prüfen lassen, zu welchen Zahlungen sie verpflichtet sei – woraufhin Havelbus gemeint habe, dies sei nicht kostendeckend. In einem Vermittlungsgespräch mit dem zuständigen Staatssekretär Herrn Bretschneider des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft sei ein Kompromissvorschlag unterbreitet worden, so dass bis zur endgültigen Klärung, mit der ein Gutachter beauftragt worden sei, 25 Cent/km gelten.

Im Weiteren erläutert Herr Exner die rechtlichen Hintergründe.